

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.)

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

(Telephon Nr. 926.)

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannastraße 60, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mfr. 1.60. Monatlich 53 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Sammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 129.

Freitag den 6. Juni 1902.

9. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

## Frieden.

Friedel!

„Wie lieblich sind auf den Bergen die Füße der Boten, die den Frieden verkündigen.“ Oder mit Schiller zu reden:

„O sabbener Tag, wenn endlich der Soldat  
Zu's Leben heimkehrt, in die Menschlichkeit,  
Zum frohen Zug die Fahnen zu entfalten  
Und heimwärts schlägt der sanfte Friedensmarsch.“

Ein Aufatmen von schwerem Athdruck entringt sich der Brust nicht allein der beiden kämpfenden Völker, sondern der gesamten zivilisierten Welt. Kann doch in der heutigen Zeit der Weltwirtschaft und des Weltverkehrs kein Krieg zwischen zwei Mächten geführt werden, ohne daß die Gesamtheit in Mitleidenschaft gezogen und bis zur äußersten Peripherie von Störungen und Hemmungen betroffen wird. Zur Verschärfung der Krise hat denn auch der Transvaalkrieg nicht wenig beigetragen, und als endlich dieser Tage die Friedensstaube aufplatterte und diesmal nicht wie manchmal früher sich als Ente entpuppte, regte und belebte sich alsbald wieder allenthalben die Geschäfts- und Unternehmungslust und die Kurse schnellten an der Börse in die Höhe.

Das Buch der Geschichte ist um ein blutiges Blatt reicher. Aus dem neunzehnten hat sich der mörderische und verwüstende Kampf in's zwanzigste Jahrhundert hinübergeschleppt, dem der verderbende Mars zugleich mit seinem Bruder, dem Moloch Militarismus, im Nacken sitzt wie seinen Vorgängern. Kein ideales Motiv, nicht die berühmte bürgerliche „Friedensidee“, hat zur Beendigung des Krieges geführt, auch nicht das famose Haager Schiedsgericht oder eine Intervention der Mächte. Auch diesmal, wie so oft schon in der Geschichte, ist der Krieg am Krieg gestorben. Auf beiden Seiten waren die Kräfte und Mittel erschöpft und verlegt oder doch erschöpft und zusammengebrochen. Und auf beiden Seiten hat man die Erfahrung machen müssen, daß man die eigenen Kräfte überschätzt, die gegnerischen unterschätzt hatte.

Kein Ringen zweier Kämpfer von ebenbürtiger Stärke war es. Eine an Macht ihm weit überlegene Nation, eine europäische Großmacht, die reichste der alten Welt, hat das kleine Burenvolk überfallen, ein Athlet einen Knirps. Der aber hat sich tapfer, heroisch zur Wehr gesetzt und seinem Angreifer den Sieg recht schaffen sauer gemacht und ihn gezwungen, seine Macht- und habgierigen Gelüste beträchtlich herabzumindern, was nicht wenig die Sympathien für die Buren verstärkte.

Diese Sympathien hatten freilich nicht überall laute Motive. Es waren nicht die besten Brüder, die in Deutschland den lautesten Spektakel darüber anschlugen, daß dem Krüger in Berlin nicht empfangen wurde. Chauvinistischer und reaktionärer Haß gegen das meerbeherrschende und demokratische England hatte bei Vielen weit mehr Theil daran als die humane Theilnahme für ein räuberisch überfallenes Volk und der sittliche Jörn auf den Friedensförderer. Auch die Unbekanntschaft mit den inneren Zuständen in den Burenrepubliken, der einseitigen Interessenpolitik gegen die Massen und die Unklarheit ließ Viele allzu leidenschaftlich Partei für dieselben ergreifen.

In dieser Hinsicht ist wohl die Einverleibung Transvaals in den Kolonialbesitz Englands für Südafrika kein Unglück. Manche Rücksichtigkeit wird dem eindringenden Geiste einer fortgeschritteneren Zivilisation weichen, und wenn durch das Friedensinstrument einem Mißbrauch der Macht des Siegers ein Riegel vorgeschoben ist, steht zu hoffen, daß die Wunden, die der Krieg den Buren schlug, bald vernarben und sie für die Einbuße ihrer nationalen Selbstständigkeit eine Erhöhung ihrer materiellen und geistigen Wohlfahrt eintauschen werden.

Es stand in den Sternen geschrieben, unbillig gesprochen, es entspricht dem thierischen Ursprung des Menschengeschlechts, daß alle großen Staaten und Reiche mit Blut gefittet sind, das Aufgehen vereinzelter Staaten in einem großen Einheitskörper im bisherigen Geschichtsverlauf das Werk der Gabsucht und blutigen Gewalt gewesen ist. Söllerkriege wie Klassenkämpfe, nationale Gewaltthaten wie soziale Ausbeutung und Unterdrückung entspringen aus demselben trüben Quell: dem Zwiespalt der materiellen Interessen. Es steht aber auch in den Sternen geschrieben, daß das nicht ewig so sein wird. Aus dem Kampf der Klassen wird der Sozialismus geboren, der, wie er die Interessenspaltung im Innern aufhebt, auch die zwischen den Völkern aus der Welt schafft und die Idee des ewigen Friedens aus der Utopie in die Wirklichkeit überlegen wird.

Damit freist das menschliche Geschlecht die Ruder seiner thierischen Abstammung ab und erhebt sich aus der Barbarei in die sonnige Region echter Kultur.

## Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, den 4. Juni 1902.

Der Reichstag hat am Mittwoch rasche aber nicht gute Arbeit geleistet und die Branntweinsteuernovelle ganz nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen. Die Branntweininteressenten schmunzelten vergnügt, sie haben in der Hauptsache erreicht, was sie wollten und dem Gesetz einen durchaus agrarischen Charakter gegeben. Die Begünstigung der Großen, die Belastung der Kleinen ist das alte Leitmotiv. Am Mittwoch wurde in der Hauptsache nur über zwei Fragen debattiert, da die Redner der Rechten, im Bewußtsein, eine kompakte Majorität hinter sich zu haben, es es nicht der Mühe für werth hielten, ihre Anschauungen noch weiter zu verteidigen. Genosse Wurm wies eingehend nach, daß die Maischbottichsteuer eine versteckte Liebesgabe für die großen Brennereien darstellt und daß das Verstreben derselben Mehrheit, die angeblich die Interessen der kleinen Bauern beim Zolltarif vertritt, sei, auf dem Gebiete der Branntweinbrennereien die Genossenschaftsbrennereien nach Möglichkeit einzuschränken. Auch in der Frage der Brennsteuer wies unser Genosse treffend nach, daß sie die 3. Liebesgabe an die Brenner darstelle, die von den Konsumenten des Trinkbranntweins getragen werden müsse. Eingehend kritisierte Wurm den gemeingefährlichen Charakter der Spirituszentrale, die die technische Entwicklung aufzubreken bemüht sei und ihre Aufgabe darin sehe, die Spirituspreise zu steigern. Diese edle Absicht liegt auch allen den Anträgen zu Grunde, die auf eine weitgehende technische Verwendung des Spiritus abzielen. Denkt man doch schon daran, Kriegsschiffe und Barkassen mit Spiritus zu heizen. Die Gesamtabstimmung über die Branntweinsteuervorlage soll erst nach Erledigung der Zuckerversteuer erfolgen; die Interessenten trauen sich gegenseitig nicht über den Weg. Am Donnerstag steht der Toleranzantrag und das Vogelzuggesetz neben Petitionen auf der Tagesordnung.

186. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Freiherr v. Thielmann.

Die 3. Beratung der Branntweinsteuernovelle wird bei § 41 fortgesetzt.

§ 41 handelt von der Materialsteuer und Maischbottichsteuer. Die Maischbottichsteuer soll, wie bisher, nur noch in den landwirtschaftlichen Brennereien erhoben werden. Die Kommission hat für die neuen nach dem 1. Juli 1902 entstehenden landwirtschaftlichen Brennereien, wenn sie als solche gelten wollen, neben den bisherigen noch weitergehende Anforderungen gestellt. Insbesondere ist der Begriff der Genossenschaftsbrennerei verengt worden.

Dr. Müller-Sagan (SP) beantragt, prinzipiell die von der Kommission neu getroffenen Bestimmungen zu freieren, event. die Bestimmungen über die Genossenschaftsbrennereien so zu mildern, daß Roggen, Weizen, Hafer und Gerste als Rohstoffe auch von anderen, als den an der Genossenschaft Beteiligten geliefert werden dürfen. Derselbe Milderung ist nach dem Kommissionsbeschluss bereits für die landwirtschaftlichen Brennereien vorbehalten.

Wurm (SD) beantragt die Aufhebung der Material- und Maischbottichsteuer.

Fischbeck (SP) begründet den Antrag Müller-Sagan. Durch das Gesetz werden die kleinen Bauern in die Hände der kapitalistischen Thierhändler an den Genossenschaftsbrenner ausgeliefert. Im bayerischen Landtag haben zwei Herren vom Zentrum einen Antrag gestellt, der die Genossenschaftsbrennereien im Interesse der kleinen bäuerlichen Besitzer verlangt. Hier im Reichstag aber macht das Zentrum Gesetze, die die kleinen Bauern auf's Schwerste schädigen. (Sehr richtig! links.)

Kugler (SP) (schwer verständlich) tritt für Streichung des Paragraphen ein.

Württembergischer Ministerialdirektor v. Schneider bittet ebenfalls die Bestimmungen für die nach dem 1. Juli 1902 betriebsfähig werden Brennerien abzulehnen.

Badischer Geheimrath Scherer bittet um Ablehnung der Bestimmungen.

Dr. Gieber (M) erklärt, im Falle der Annahme dieser Bestimmungen der Kommission, gegen das ganze Gesetz zu stimmen.

Behuter (B) wendet sich ebenfalls gegen den Kommissionsbeschluss.

Pachnide (SP): Die Maischbottichsteuer hatte früher ihre Berechtigung, heute ist sie ganz überflüssig. Herr v. Rheinbaben hat gestern sehr geschickt verhandelt, die tiefgründige Sachkenntnis, die er natürlich hat, zu verhalten und hat sich lediglich auf allgemeine europäische Nebenarten beschränkt. (Sehr richtig! links.) Der Kommissionsbeschluss geht gegen das Interesse der kleinen Bauern, denen zwar das Recht gewährt wird, Genossenschaftsbrennereien zu gründen, denen man aber die Ausübung dieses Rechtes erheblich erschwert. Wir beantragen namentliche Abstimmung über diesen Paragraphen.

Speck (B) beantragt, den Termin für neuentstehende Brennereien bis zum 1. September 1902 zu verlängern.

Wurm (SD): Wir beantragen die Streichung des Paragraphen aus zwei Gründen. Durch die Maischbottichsteuer wird den großen Brennereien eine versteckte Liebesgabe von 5 Millionen Mark zugeführt. An Stelle der Maischbottichsteuer verlangen wir eine Verbrauchsabgabe. Die Maischbottichsteuer hat auch nicht mehr die technisch fördernde Wirkung wie früher und ist daher überflüssig. Die Konzentration, die immer für die Interessen der kleinen Bauern einzutreten vorgeben, bestreuen ihre Genossen-

schaften, wenn sie ihre Konkurrenz fürchten. Den genossenschaftlichen Brennereien soll nur gestattet werden, selbstgezeugte Stoffe mit Ausnahme von Roggen, Hafer, Weizen und Gerste zu verarbeiten. Auf Mais wollen Sie diese Bestimmung nicht ausdehnen. Damit erschweren Sie nur den württembergischen Brennern die Konkurrenz und rechnen darauf, daß ihre preussische Kartoffel im Württemberg Abzug findet. Es ist Aufgabe der Linken, vor dem Lande festzustellen, daß Sie Gesetz auf Gesetz gegen die kleinen Bauern machen. (Leb. Bravo! links.)

Pachnide (B) tritt für die Kommissionsbeschlüsse und für den Antrag Speck ein.

Nach weiteren Ausführungen der Abgg. Semler und Pachnide schließt die Diskussion.

In der Abstimmung wird der Antrag Speck auf Heranziehung der Frist für neu errichtete Brennereien bis zum 1. September 1902 einstimmig angenommen, der Antrag Müller-Sagan in namentlicher Abstimmung mit 201 gegen 71 Stimmen (Freisinnige, Sozialdemokraten und einige National-liberale) abgelehnt. Es bleibt also bei den Kommissionsbeschlüssen mit der Aenderung des Antrages Speck.

§ 42 wird debattelos nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen.

§ 43 handelt von der Brennsteuer, die als Zuschlag zur Verbrauchsabgabe bei einem Kontingent von über 200 hl erhoben wird und stufenweise je nach der Höhe des Kontingents von 2 auf 6,50 Mk. steigt.

Wurm (SD) beantragt, diesen Abzug zu streichen.

Pachnide (SP) beantragt, die Brennsteuer erst von einem Kontingent von 300 Maß an zu erheben.

Dr. Pachnide (SP): Die Brennsteuer hat ihren Zweck nicht erreicht, die Produktion ist gestiegen, ansteht zurückzugehen. Ich bitte Sie also, meinen Antrag anzunehmen.

Dr. Müller-Sagan (SP): Der Antrag des Abg. Pachnide bedeutet zwar eine Verbesserung gegenüber dem Kommissionsbeschluss, doch werden wir gegen die Brennsteuer überhaupt stimmen.

Holz (M) tritt für die Kommissionsbeschlüsse ein, welche zur unter großen Opfern der Rechten zu Stande gekommen seien.

Wurm (SD): Die Brennsteuer bildet die dritte Liebesgabe, welche den Agrariern durch das Gesetz zugeführt wird. Es ist ein Märchen, daß sie von den Brennern getragen wird, sie wird vielmehr von dem branntweintrinkenden Publikum in einer Höhe von 11 bis 12 Millionen jährlich bezahlt. (Hört, hört! bei den Soz.) Herr Holz hat durch seine heftige Rede ja bewiesen, daß die Brennsteuer die Aufgabe hat, die Preise für Spiritus zu steigern. Sonst wird immer das Gegenheil behauptet. Es ist auch nicht richtig, wie Herr Holz meinte, daß der Konsum von gewerblichem Spiritus infolge der Brennsteuer zugenommen hat. Diese Zunahme hat in viel erheblicherem Maße vor Einführung der Brennsteuer stattgefunden. An hoher Stelle interessiert man sich jetzt für die Spiritushegemonie von Kreisgeschäften. Wir werden uns bei der nächsten Etatsberatung nach den Kosten dieser Einrichtung erkundigen. Die Spiritusmotor-Industrie leidet besonders unter dem Monopol des Spirituszuges. Der Spirituszug ist genau so gemeingefährlich wie alle übrigen Dinge. Eine Gesundung der Spiritusindustrie ist nur möglich, wenn der Spiritus aus dem billigsten Material auf die möglichst billigste technische Weise produziert wird. Die Brennsteuer freilich paßt in das ganze System der Liebesgabenpolitik, sie bedeutet eine Liebesgabe für die Brennereien und eine Belastung der Bevölkerung. (Beifall b. d. Soz.)

Damit schließt die Debatte.

Ueber den Antrag Wurm wird erst nach Beratung des ganzen § 43 abgestimmt werden. Der Antrag Pachnide wird abgelehnt und der Abzug in der Kommissionsfassung angenommen.

Abt. 2 des § 43 bestimmt nach dem Kommissionsbeschluss, daß die kleinen Getreidebrennereien bis zu einem Kontingent von 300 hl die Brennsteuer überhaupt nicht zu entrichten und bei einem Kontingent von 300-600 hl nur die Hälfte zu bezahlen haben.

Dr. Müller-Sagan (SP) will diese Vergünstigung auch den Materialbrennereien, sofern sie nicht Brauereierabfälle verarbeiten, zu Gute kommen lassen.

Dr. Müller-Sagan (SP) begründet seinen Antrag. Dieser wird abgelehnt und die Kommissionsfassung angenommen.

Abt. 3 des § 43 bestimmt, daß für landwirtschaftliche Genossenschaftsbrennereien, die als solche am 1. April 1895 bestanden haben, für den Anfang des damaligen Betriebes die Brennsteuer nur zu vier Fünfteln der Sätze erhoben werden soll.

Fischbeck (SP) will die Brennsteuer in diesem Falle auf 3/4 der Sätze herabsetzen.

Wurm (SD) will den Antrag streichen.

Nach Ablehnung Ablehnung dieser Anträge wird Abt. 3 unverändert angenommen.

Abt. 4 des § 43 besternt den Sommerbrand (in der Zeit vom 16. Juni bis 15. September) für alle, bis auf die kleinen Brennereien, mit einer Brennsteuer von 3 Mk. Der letzte Satz lautet: die auf den Sommerbrand gelegte Brennsteuer ist auch zu erheben, soweit der Betrieb vom 16. September bis 15. Juni 8 1/2 Monate überschreitet.

Dr. Müller-Sagan (SP) beantragt diesen Satz, Abg. Wurm (SD) die ganze Bestimmung zu streichen. Nach Ablehnung dieser Anträge wird darauf die Kommissionsfassung angenommen.

Art IV legt fest, daß die Bestimmungen über den Sommerbrand sofort, die übrigen Bestimmungen am 1. Oktober 1901 in Kraft treten sollen. Die neuen Bestimmungen über die Brennsteuer sollen bis zum 1. Oktober 1912 gelten. Dieser Kommissionsbeschluss wird nach Ablehnung eines Antrages Wurm-Müller-Sagan, die neue Brennsteuer nur auf 3 Jahre und eines Antrages Pachnide, sie auf 6 Jahre gelten zu lassen, angenommen.

Angenommen wird ferner eine Resolution, die die Vorlegung eines Gesetzes betr. die Aufhebung der Maischbottichsteuer

und ein Verbot betr. das Mischen der Hefe mit Stärkemehl und das Festhalten solcher gemischten Hefe verlangt.  
Die Gesamtsitzung soll zugleich mit der Gesamtsitzung über die Zuckersteuer vorgetragen werden.  
Damit ist die Tagesordnung erschöpft.  
Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr: (Vogelschutzvorlage, Toleranzantrag des Zentrum, Petitionen.)  
Schluß 6 Uhr.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

**Die Getreidezoll-Kompromißler und der Reichskanzler.** Die „Porr. Woth“ meldet: Von der Kompromißmehrheit der Zolltariffkommission des Reichstags wird das Auftreten des Reichskanzlers und preussischen Ministerpräsidenten Grafen Bülow sehr ungünstig beurteilt. Man ist in gewaltiger Erregung darüber, daß der erste Vertreter des Reiches und des preussischen Staates diese herbe Art gewählt und so die Mehrheit vor den Kopf gestoßen hat. Es herrschte Neigung, bei passender Gelegenheit mit einer Kritik der Haltung des Grafen Bülow in der Kommission herbeizutreten. — Was sich liebt, das neckt sich.

**Aus den parlamentarischen Kommissionen.** Die Zolltariffkommission nahm Mittwoch den Zoll auf Calciumcarbid und Metallcarbid nach der Regierungsvorlage an, ebenso die Pos. 315—324, die die wichtigsten Farbstoffe enthalten. In Pos. 325 wurde der Zoll auf Zinnober mit 10 Mk. beschlossen. Graf Kanik erklärte im Laufe der Debatte, er stimme für die Vorlage, behalte sich aber seine Stellungnahme gegenüber den Industriezöllen für die zweite Lesung vor, entsprechend den Beschlüssen der Regierung zu den Agrarzöllen. — Die Zuckersteuerkommission beschloß am Mittwoch mit Zustimmung der Regierungsbereiter den § 81 des geltenden Gesetzes aufzuheben, der von der Steuerrückgabe und ausländischem Zucker handelt. Die ganze übrige Sitzung wurde durch eine ausgehende Debatte über die von Müller-Fulda beantragte Kontingentierung der Zuckerproduktion ausgefüllt. Posadowsky und Thielmann erklärten sich entschieden gegen die Kontingentierung. Zur Abstimmung kam es noch nicht.

**Ein interessanter und recht charakteristischer Fall** kam Dienstag, dem „Berl. Tageblatt“ zufolge, in der Zolltariffkommission vor. Der Abgeordnete Gotthein hatte schon vor längerer Zeit einen Antrag gestellt, der Abgeordnete Camp hatte ihn nicht gelesen und daher den gleichen Antrag gestellt. Es kommt zur Abstimmung. Der Antrag Gotthein wird abgelehnt, und der Vorsitzende konstatiert, daß damit auch der gleichlautende Antrag Camp abgelehnt sei. Daraus entzweit sich Dieser und verlangt Wiederholung der Abstimmung, da man nicht gewußt habe, daß es sich um den Antrag Camp handele; der Name müsse bei der Abstimmung mit verlesen werden. Die Kommission war gutmütig (?) genug, diesem Wunsch zu entsprechen, und siehe da, der Antrag wurde (von der tariffrechtlichen Mehrheit der Kommission) angenommen! Nicht auf den Inhalt des Antrages — auf den Antragsteller kommt es an. Eine ähnlich komische Situation entwickelte sich, als der Abgeordnete Gotthein für den Fall der Verzollung von Holzgeist und Aceton die Freilassung des Denaturierungsmittels für Branntwein unter Kontrolle der Verwendung beantragte. Dieser Antrag wurde, natürlich wegen des Antragstellers, abgelehnt, und erst hinterher wurden sich Viele darüber klar, wie sehr sie die Spiritus-Industrie damit schädigten. Es geht doch nichts über Sachlichkeit und Verständnis!

**Ein bündlerisches Kundstueck im Zentrumskreis** geht die Kandidatur des Hauptmanns a. D. v. Graberg im Wieserischen Wahlkreise zu sein. Das Berliner Wänderblatt hatte bekanntlich behauptet, daß in einer Vertretersammlungsverammlung des Kassauer Bauernvereins im 3. Kassauer Wahlkreise, in welcher 68 Vertretersammler anwesend waren, dem Präsidenten dieses Vereins, Hauptmann a. D. v. Graberg, für die Ersatzwahl zum Reichstage die Kandidatur angetragen wurde. Dazu wird der ultramontane „Germania“ nun mitgeteilt: „Der Kassauer Bauernverein hat dem Herrn von Graberg eine Kandidatur nicht angetragen, der alleinige Zentrumskandidat ist Herr Dr. Dahlem.“ Das Zentrumblatt giebt dem Zentrumswähler zu bedenken, daß lieber „sich noch im Grabe herumdrehen“ würde, wenn er erfuhr, daß die Ersatzwahl in seinem Wahlkreise durch Verschulden von irgend einer Seite zu einer Uneinigkeit in den Kreisen der Zentrumswähler führen würde.

**Jede Aenderung des Dreiklassenwahlrechts** hat die zweite sächsische Kammer am Mittwoch gegen einzelne nationalliberale Stimmen abgelehnt. — Die sächsischen Konventionen lassen sich so leicht aus ihrer Nachstellung, die sie durch das Entgegenkommen der Regierung und Nationalliberalen besitzen, nicht entfernen.

**Der Ausstand der Stuttgarter Straßenbahner** dauert noch immer an. Eine zwischen dem Aufsichtsrath und der Leitung einerseits und einem Ministerialdirektor andererseits vermittelte Unterredung verlief resultatlos. Dienstag Abend wurden der Direction von der Leitung des Ausstandes abgeänderte Forderungen übergeben, welche jedoch die Direction mit dem Verweise ablehnte, sie könne auf weitere Verhandlungen nicht eingehen, da sie die Ausständigen als verlogen nicht mehr in ihren Diensten irgend ansehe, nachdem am Samstag die für 11 Uhr Abends versprochene Antwort der Ausständigen nicht eingegangen und der Ausstand am Sonntag fortgesetzt worden sei. Die Streikleitung beschloß darauf, diese Forderung zu verwerfen und dem Urtheil des Publikums zu überlassen. — Der Gemeinderath beschäftigte sich bereits Mittwoch mit dem Streit auf Grund einer Interpellation unseres Senatsgenossen Speda, der anfragte: Hat die Straßenbahndirection der Stadtverwaltung mitgeteilt, daß sie ihren Betrieb einstellt? Hat die Straßenbahndirection alles gethan, was zur Beseitigung der Betriebsunterbrechung notwendig gewesen wäre? Welche Mittel werden die Stadtverwaltung angewandt, um die Betriebsunterbrechung wieder herzustellen? Ueber welche Mittel verfügt die Stadtverwaltung, um die gegenwärtige Betriebsunterbrechung zu beenden? Geben die Oberbürgermeister, Graf von Bülow, die Herren Senatsgenossen zu wissen, um nach Schaffung neuer Betriebsverhältnisse späteren Betriebsstörungen der

Straßenbahn begegnen zu können? Nach der „Frankf. Ztg.“ bejahte der Oberbürgermeister die erste Frage und bemerkte weiterhin, daß die Straßenbahn-Direktion den Streit hätte beenden können, wenn sie die Forderung der Koalitionsfreiheit bewilligt hätte. Diese Forderung sei eine durchaus berechtigte. Diesen Standpunkt habe die Stadtverwaltung sowohl als das Ministerium des Innern zu wiederholten Malen der Straßenbahndirection gegenüber geltend gemacht: die Stadtverwaltung habe allerdings das Recht, von der Direction die Entlassung des unzuverlässigen Fahrerpersonals zu verlangen, doch habe das Stadtpolizeiamt bisher bei seiner Kontrolle in dieser Beziehung keine ungünstige Wahrnehmung gemacht. Ob die Stadtverwaltung berechtigt sei, die für den Fortbetrieb der Bahn nöthigen Maßregeln auf Kosten der Gesellschaft ohne gerichtliche Ermächtigung von sich aus zu treffen, sei eine Rechtsfrage, die den Gemeinderath in nichtöffentlicher Sitzung beschäftigen müsse. Die Einrichtung eines Omnibus- oder Automobilverkehrs durch die Stadt erscheine zur Zeit noch nicht Aufgabe der Stadt zu sein. In der lebhaften Diskussion kam Uebereinstimmung in der Anerkennung der berechtigten Forderungen der Streikenden zum Ausdruck. Man beschloß darum, den Oberbürgermeister Gauß zu beauftragen, bei der Straßenbahn-Direktion aufs Neue dahin vorstellig zu werden, daß diese mit ihren Bediensteten endlich die Verhandlungen wieder aufnehmen. (Vergleiche auch unter „Soziales und Parteileben“ in heutiger Nummer. D. Red.)

**Der Dreischrag Pücker** ist, wie sein Leitblatt, die „Staatsbürgerzeitg.“ verkündet, wieder wohlbehalten in Berlin angelangt. Das Antisemitenblatt kündigt sogar einen Vortrag des Grafen an. Im April hatte bekanntlich das Glogauer Gericht, nachdem Graf Pücker zu einem gegen ihn wegen Verführung einer Feldbahn angehängten Termin nicht erschienen war, seine Verhaftung und die Anberaumung eines neuen Termins erst nach Einlieferung des Grafen in das Glogauer Gefängniß beschlossen. Der drohenden Verhaftung hat sich Graf Pücker durch die Flucht nach der Schweiz entzogen. Die „Staatsbürgerzeitg.“ behauptet nun, daß Graf Pücker „verhindert“ gewesen sei, zum ersten Termin rechtzeitig zu erscheinen, weil er sich zum Besuch bei Verwandten in Pommern aufgehalten habe. Von der Anberaumung des zweiten Termins, zu dem seine Verhaftung beschlossen wurde, habe er gar keine Kenntniß erhalten. Eine gerichtliche Zustellung an ihn sei überhaupt nicht erfolgt. Der Verhaftung habe er sich dann, wie die „Staatsbürgerzeitg.“ meint, „begreiflicherweise dadurch entzogen, daß er sich bis zur Anberaumung eines neuen Termins in der Schweiz aufhielt.“ Dann sei er krank geworden. Es beruhe aber auf Erfindung, daß er sich in einer Kasserather Heilanstalt aufgehalten habe. Jetzt habe Graf Pücker eine Kaution hinterlegt und daraufhin sei von der Glogauer Strafkammer der Steckbrief außer Wirkung gesetzt worden. — Falls die Mittheilung des Pückerblattes der Wahrheit entsprechen sollte, woran wir noch zweifeln, hätte das Glogauer Gericht eine mehr als eigenhümmliche Rolle in diesem Zwischenfall gespielt.

**Keine politische Nachrichten.** Der Bundesrath soll nach Meldung einer Parlamentariercorrespondenz die Absicht hegen, erst dann sich über die vom Reichstage angenommenen Diäten für die Mitglieder der Zolltariffkommission schließend zu machen, sobald der Reichstag sich vertheilt haben wird. — Die konservative Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses hat Mittwoch einen Beschlüß gefaßt, der, soweit wir uns entsinnen, als parlamentarische Novum bezeichnet werden muß. Sie hat nämlich beschlossen, den Justizminister zu ersuchen, den Gesetzentwurf über die Reform des juristischen Studiums zurückzuziehen. — Der ehemalige Unteroffizier Marten ist am Dienstag, aus dem Gefängniß in Danzig entlassen, in Gumbinnen eingetroffen. Er wurde von den Eltern und der Schwester empfangen. Zahlreiche Kinder und Erwachsene, die von einem Schnaasfluge zurückkehrten, begrüßten ihn mit Hurrarufen und wirfen in den Topfmehl, in dem er sehr, Blumen und Straußes hinein. — Der Schaß von Persien reist, solange sich die Eisenbahnfahrten innerhalb des Deutschen Reiches bewegen, nach der „Frankf. Ztg.“ diesmal auf Reichslokomotiven. Das Deutsche Reich zahlt also die Fahrt Kassel-Berlin, eine unvorhergesehene Summe, wenn man bedenkt, daß der Eisenbahn 10 Wagen stark war. — Die Strafkammer I des Landgerichts II in Berlin hat in mehrwöchiger Verhandlung ein Mitglied der agrarischen Reichszentrale, den Amtsvorsteher und Mittergutsbesitzer Preßler auf Ludwigshafen, wegen Betruges und Nahrungsmitteleiligung, begangen durch langjährige Lieferung von heimlich entrahmter Milch, zu 1500 Mark Geldstrafe verurtheilt. D. Froide des Schicksals! — Ueber einen Duell wird uns Budapest berichtet: In Priepollie, Böhmen, fand zwischen einem Leutnant und einem Serejeboer Beamten ein Duell auf Revolver statt. Veranlassung des Zweikampfes, bei welchem der Leutnant tödtlich verletzt wurde, waren unerlaubte Beziehungen des Offiziers zur Gattin des Beamten. — Auf dem russischen Konsulat in Nizza schloß ein russischer Unterthan, Namens Owen, nachdem er eine Selbstentfesselung erhalten und um die Aufhebung eines Telegrammes an seine Familie gebeten hatte, auf den Konsul Nichtig und verwanadete ihn leicht. Der herbeigekommene Konsulatssekretär hielt den Angeklagten so lange fest, bis er der Polizei übergeben werden konnte. — Auf dem Dampfer „Routenegro“, der die italienischen Chinatruppen heimbefördert, ist die Cholera ausgebrochen. Mehrere Todesfälle sind bereits vorgekommen. — Die französische Kammer beschäftigte in ihrer Sitzung am Dienstag bereits 360 Wahlen. Straflieh angeklagte sind etwa zwei Dutzend Wahlen. — In Paris eingetroffene Konspirationen schildern die Lage in Marroko als sehr ernst und stellen ein abgemessenes Fremdeninvasions in Aussicht. — Der Senat der Vereinigten Staaten nahm Dienstag die Vorlage betreffs der Einrichtung der neuen Regierung an der Philippinen an. — Die Lage in Keling scheint noch sehr der Verbesserung zu bedürfen. Die Kater meldet, brachen Montag in den französischen, und am Dienstag in den österreichischen Bazar der Senatskammer aus, ohne jedoch großen Schaden anzurichten. Was vermuthet Brandstiftung. Der dem Senatshaus gegenüber liegende Hofraum von Chinesen an, die sich zu irren schienen.

### Oesterreich-Ungarn.

**Die Lemberger Straßenkämpfe** beschäftigten am Grund zweier neuer Dringlichkeitsanträge am Mittwoch das österreichische Abgeordnetenhaus nachmals. Abg. Breiter bezeugte das Vorgehen der Gajaren als barbarisch und stellte aufgeben in der Sache, daß aus der Volksmenge Revolvergeschosse auf das Militär abgefeuert worden seien. Redner erklärte die amtlichen Berichte für gefälscht und wählte den Statthalter hierfür verantwortlich.

Auch an Privattelegrammen sei eine entstellende Zensur geübt worden. Unter Hinweis darauf, daß in Lemberg ein Generalausstand in Vorbereitung sei, empfahl er die Dringlichkeit seines Antrages. Der Präsident rief Breiter wegen der gegen den Statthalter Grafen Pininasti vorgebrachten Beschimpfungen zur Ordnung. (Lärm bei den Sozialdemokraten.) Alsdann erklärte Bernerstorfer (SD), die Sozialdemokraten hätten niemals sagen wollen, daß die Soldaten sich schlecht geschlagen hätten, sie seien aber schlecht geführt worden. Dieses Schicksal theilten sie mit den Bülkern Oesterreichs. Auch seien an den Schießereien nicht sie, sondern die Führer schuldig. Selbst das Organ des Statthalters, die „Gazeta Narodowa“ habe geschrieben, daß die Husaren wahl- und ziellos auf die Menge geschossen haben. Redner meinte, in anderen Staaten komme es auch zu Zusammenstößen zwischen Arbeitern und Militär, aber die Schießerei sei eine österreichische Spezialität. Der Ministerpräsident sei ein sehr mächtiger Mann, aber gegen den Grafen Pininasti sei er nichts. (Heiterkeit.) Redner griff dann ebenfalls den Statthalter von Galizien heftig an und bezeichnete als Grundursache der Lemberger Vorfälle die schwere Noth der arbeitenden Klassen, der abgeholfen werden müsse. Das Haus lehnte jedoch nach einer Rede des Ministerpräsidenten Bernerstorfer die Dringlichkeit der Anträge Breiter und Bernerstorfer ab. Im Verlaufe der Debatte theilte Ministerpräsident v. Koerber mit, daß Mittwoch Vormittag eine Einigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern erzielt worden sei. Heute, Donnerstag, Morgen sollte die Arbeit wieder aufgenommen werden.

Das Leichenbegängniß von vier bei den Tumulten getödteten Personen fand schon Mittwoch statt. Tausende von Personen, meist Arbeiter, gaben den Opfern der schneidigen Soldateska das letzte Geleit. Zwischenfälle ereigneten sich nicht. Abgesehen von einigen geringen Aufläufen, die vormittags stattfanden, verlief überhaupt der Tag ruhig.

**Ausstand von Arbeiterinnen.** Auf den Kohlengruben der Nordbahn „Alexanderschacht“, „Johanneschacht“ und „Zarnbedschacht“ bei Mährisch Odrau streikten die Obertagarbeiterinnen; sie verlangen die neuen stündige Arbeitszeit.

### Spanien.

**Ein großer Hafenarbeiterstreik** ist Dienstag in Barcelona ausgebrochen. Die Ent- und Beladung der Schiffe stockt vollständig. Mehrere der Ausständigen wurden aus wichtigen Gründen verhaftet. Späterhin schlossen sich noch 1500 Fuhrleute dem Streik an. Die Bahnhöfe, deren Betrieb sehr erschwert ist, sind mit Gendarmerie besetzt. Auch sonst sind an vielen Orten Spaniens Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern entstanden; so sind z. B. in Cordoba bereits die Landarbeiter in den Ausstand getreten.

**Ueber eine antikerikale Demonstration** meldet „Wolffs Bureau“ aus Madrid: Mittwoch versuchte eine Volksmenge, während sich eine Prozession durch die Straßen bewegte, unter Schmährufen auf die Geistlichkeit sich der Monstranz zu bemächtigen, wurde aber durch Militär daran gehindert.

### Transvaal.

Bei der Friedensabstimmung auf der Burenkonferenz in Vereeniging am 30. Mai stimmten nach einer Reiter-Meldung 54 Buren für die Annahme der englischen Bedingungen, 6 dagegen. Bereits am Sonntag Abend hat Eduard VII. seine Anerkennung nach Pretoria gefaßt. Er richtete ein Telegramm an Milner, in dem es heißt: „Die Nachricht von der Waffenstreckung der Buren hat mich mit außerordentlicher Freude erfüllt. Ich beglückwünsche Sie auf das Wärmste zu der Art und Weise, in der Sie die Sache geleitet haben.“ Gleichzeitig sandte der König ein Telegramm an Kitchener, welches lautet: „Ich sage Ihnen meine aufrichtigen Glückwünsche anlässlich der Einstellung der Feindseligkeiten und beglückwünsche ebenfalls aus vollem Herzen die von Ihnen befehligten tapferen Truppen, welche einen langwierigen und schwierigen Kampf zu einem glücklichen Ende geführt haben.“ Ferner wurde Kitchener die Würde eines Viscounts verliehen; außerdem soll er eine Dotation von 50000 Pfund Sterling (ca. 1 Million Mark) erhalten.

Schall Burger und Louis Botha erließen einen offenen Brief an die Buren, worin sie den hohen Muth, den die Buren zeigten, und die tapferen Thaten im Felde würdigen und die Buren auffordern, jetzt allgemein mitzuarbeiten an der sozialen und geistigen Entwicklung des Landes, sowie der neuen Regierung loyalen Gehorsam zu bezeigen. Für die Niederlegung der Waffen sind 3 Zentralquartiere bestimmt worden: in Ost-Transvaal unter General Hamilton, in West-Transvaal unter General Walter Kitchener, in dem Orange-Staat unter General Elliot. Von einer großen Anzahl Kommandos im Centrum, im Norden und Osten der Kapkolonie liefen angedeutet schon Mittheilungen in Kapstadt ein, daß sie die Friedensbedingungen annehmen. Sofort nach Unterzeichnung derselben in Pretoria wurde Lord Kitchener die Meldung telegraphisch bis zu den Endstationen und von dort durch bereit gehaltene Staffettenreiter an die Kommandos abgeben mit der Aufforderung, die Waffen niederzulegen und die Annahme der Friedensbedingungen zu erklären. In Folge des guten Ergebnisses hat die Kap-Regierung endgültig auf die Aufhebung der Verfassung verzichtet.

Eine Annetie für die Kaprebellien soll bei der Krönungsfeier erfolgen. Nach dem „Chicago Daily News“ hat der Generalkonsul von Transvaal in Amsterdam, Dr. Sneyhlage, ein direktes „Wort“ aus Südafrika erhalten, wonach die Friedenskonferenz in Vereeniging den Bestimmungen betreffend die Bestrafung der Kap- und Natalrebellien nur in Folge einer schriftlichen Zustimmung von Lord Kitchener zugestimmt habe, daß eine Generalamnestie durch König Eduard VII. bei der Krönung proklamirt werden würde.

Was wird aus Krüger? Diese Frage ist vorläufig noch schwer zu beantworten. Dienstag meldeten Londoner Blätter, die englische Regierung habe den englischen Gesandten in Bern, Green, und den irischen Lord Keat, die sich des besonderen Vertrauens Krügers erfreuen, ermächtigt, Krüger die Rückkehr nach Südafrika auf einem britischen Schiffe unter der Bedingung freizustellen, daß er seinen Wohnsitz auf seinem Lande bei Rustenburg



# Warenhaus Hansa

Breitestrasse 51. LÜBECK. Breitestrasse 51.

## Hervorragendes Angebot für Unterröcke.

|  |                      |  |           |
|--|----------------------|--|-----------|
| Unterröcke, gestreifte Waschstoffe mit angesetztem Volant            | 95 Pfg.              | Unterröcke, feiner Batist-Stoff, hellblau, rosa und roth, Spitzen-Besatz und breiter Volant  | 3.50 Mk.  |
| Unterröcke, imitiert Leinen mit breitem Volant, Bändchen-Besatz      | 1.95 Mk.             | Unterröcke, Mohair, neueste Farben, hochfeine Auswahl  | 2.50 Mk.  |
| Unterröcke, Leinen mit farbigem Besatz, Stickerei-Einsatz und Volant | 3.00, 2.50, 2.20 Mk. | Unterröcke, prima Mohair mit Valenciennes-Spitzen, Zwischensatz, grossartig garnirter Volant | 11.75 Mk. |
| Unterröcke, Cöperstoff mit Doppel-Volant und reichem Bändchen-Besatz | 3.50 Mk.             | Unterröcke, schwarz Mohair mit Doppel-Volant und reichem Besatz                              | 4.35 Mk.  |

Grosser Posten Blousen=Reste, grosse Musterauswahl, neuester Geschmack, Blouse 2 1/2 Meter 88 Pfg.

Bringe allen Freunden und Bekannten meine  
Colonial-, Fettwaren- und  
Flaschenbier-Handlung  
sowie Brod aus der Genossenschaftsbäckerei  
in gütiger Erinnerung.

**Hugo Boysen**  
Friedenstraße 84,  
Ecke Eitenstraße.

Prima Halbfleisch, Arbeitsschuhe,  
Segeltuchschuhe, sämmtl. Kinder-  
u. Damen-Schuhe, Hüte, Mützen,  
Käse, Hemden, alle Arbeiter-Gar-  
deroben, Knaben-Anzüge, Wäsche,  
Gravatten, Schürzen, Wollwaren,  
Woll- und Kammgarne, diverse  
Manufactur

empfehlenswert und billigst  
**Rud. Kracht, Rabeburger Allee 40.**  
NB. Sämmtliche obigen Artikel auch zu haben  
bei **Karl Wille, Salmstr.**

Eine **geränderte Wurst**, 90 Pfg.  
Eils. Halbfett-Käse, Pfd. 40 u. 60 Pf.  
Holl. Käse, Pfd. 12 Pf.  
H. Margarine, Pfd. 60, 70 u. 80 Pf.  
Anchovis, Pfd. 40 Pf.

empfehlenswert  
**Gust. Glöde, Karpfenstraße 26.**  
(fordern Sie Rabatmarken)

## Butter

zum Einnehmen  
für den Winterbedarf  
empfehlenswert in ganz vorzüglicher Qualität  
Butterhandlung von

**Th. Storm, Königstr. 98.**  
Telephon 173.

## Gewerkschaftsbrauerei.

heute Freitag den 6. Juni  
Wickedestrasse:

## Eimerbier.

Rindfleisch Pfd. 45 u. 50 Pfg.  
Schweinefleisch - 65 -  
Carbonade - 70 -  
sowie sämmtl. Wurstwaren  
**W. Strohsfeldt**  
Kudewegstr. 73  
Karlshafenstr. 14 u. 15.

**Grüden** am Mittwoch den 22. Mai ein  
Schnitzholz bei der Bäckerei  
Abholung  
**Abholung** Donnerstag den 17.

Rechtsanwaltlicher Bedienung für den gesamten  
Rechtsanwaltlicher Bedienung für die  
Rechtsanwaltlicher Bedienung für die

## Geschäfts-Uebernahme.

Allen meinen werthen Freunden und Gönnern hierdurch die ergebene  
Nachricht, daß ich mit dem heutigen Tage die

**Gastwirthschaft und Bäckerei**  
des verstorbenen Herrn

**Joachim Holst, Pg. Pohberg 30**

käuflich übernommen habe.

Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, für gute Getränke und Speisen zc.  
bestens Sorge zu tragen und bitte ich, mein Unternehmen gütigst unterstützen  
zu wollen.

**Karl Schäper.**

Eröffnung: Heute, Donnerstag, den 5. Juni.

Öffentliche

## Frauen- und Männer- Versammlung

am Freitag den 6. Juni d. J.

Abends 8 1/2 Uhr

im „Vereinshaus“, Johannisstraße 50/52.

Tages-Ordnung:

1. Die Stellung der Frau in der heutigen Gesellschaftsordnung.  
Referentin: Frau Louise Zietz-Hamburg.
2. Disaffirma.

Die Vertrauenspersonen.

Wegen vollständiger Aufgabe  
meines Möbel-Lagers  
wird billiger Ausverkauf zu und unter Einkaufs-  
preisen, woran ich Brautleute besonders auf-  
merksam mache.

**Aug. Heincke, Bekergarbe 20.**

**Achtung!**

**Bauarbeiter!**

**Mitglieder-  
Versammlung**

am Freitag den 6. Juni

Abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52  
Tagesordnung wird in der Versammlung be-  
kannt gemacht.

## Mitglieder- Versammlung

des  
Verbandes der Brauer

und verw. Berufsgen.  
am Sonnabend den 7. Juni

Abends 8 Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52

Tages-Ordnung:  
Kartellbericht. Abrechnung. Votenfrage. Ver-  
gütigen. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Zentral-Verband der Fleischer  
u. verw. Berufsgen. Deutschl.  
(Bahnhalle Lübeck.)

Einladung zum

## 1. Stiftungs-Fest

(Sommerfest)

besteh. in Ball, Herren- u. Damenbergnügen  
am Sonntag den 15. Juni  
in der „Hansa-Halle.“

Konzert von 5-8 Uhr.  
Anfang des Balles 8 Uhr. Ende 2 Uhr.  
Eintritt 60 Pf., Dame frei.

Hierzu ladet freundlichst ein  
Das Comité.

## Club Fideltas

## Sommer-Ausflug

am Sonntag den 8. Juni d. J.  
nach Gremsmühlen i. H.

Abfahrt von Lübeck: 1 Uhr 45 Min. per Sonderz.  
Ankunft Gremsmühlen: 2 Uhr 30 Min.  
Einkehr: „Hotel Gremsmühlen“ (H. Seeger.)  
Abmarsch 3 Uhr 30 Min. nach der Holfst. Schenke  
mit Musikbegleitung.

Abends nach Rückkehr: Tanz im Hotel bis  
gang des Tages 11 Uhr 6 Min.

Fremden-Preis 2 Mk.  
Die Festkarten sind vom 3. Juni an bei  
Kassensführer F. Callies, Glodengießerstr. 48  
in Empfang zu nehmen.

NB. Vereinsabzeichen sind anzulegen  
Der Vorstand

## COLOSSEUM.

Täglich:  
SOIREE des „Norddeutsche  
Herren-Quartetts“

Direktion: Otto Goetze.  
Anfang 8 Uhr.  
Eintritt à Person 10 Pfg., wofür Program-

W. Dasser

Verleger: Theodor Schwarz